

Superfrauen? Burn Out!

Die Klassengesellschaft bürdet Frauen den Großteil der Verantwortung für die nächste Generation auf. Es wird von uns erwartet, uns gratis – weil es bleibt ja in der Familie – um Kinder, Kranke und Alte zu kümmern. Wir leisten weltweit 2/3 der unbezahlten Arbeit. Gleichzeitig beutet uns der Kapitalismus in Niedriglohnjobs aus.

Seite 2

Zypern: „Kommunist“ abgestraft

Fünf Jahre lang hat ein „Kommunist“ Zypern regiert. Begonnen hatte er mit sozialen Verbesserungen. Doch als die Krise auch in Zypern zuschlug, setzte der die Kürzungspolitik im Interesse der KapitalistInnen um. Dafür wurde er nun abgestraft. Wie eine sozialistische Politik aussehen könnte beschreibt Athina Kariati aus Zypern.

Seite 12

Schwerpunkt

Von der Revolution 1918 bis zum „Anschluss“ 1938: 20 bewegte Jahre die geprägt sind von der zögerlichen Haltung der Sozialdemokratie und dem Aufstieg des Faschismus. Seiten 7–10



VORWÄRTS

SLP
Sozialistische Linkspartei

Normalpreis € 1,-
Solipreis € 2,-

Die Sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 216 | 3.2013

Jeder Mann! Jede Frau! Gegen den Sozialabbau!

Die Wirtschaft stagniert, auch wenn das beschönigt bzw. geleugnet wird. Die aktuelle EU-Konjunkturprognose sagt ein weiteres Krisenjahr und Rekordarbeitslosigkeit in der Eurozone von 12,2 % voraus. Der wöchentliche Einkauf war im Dezember 2012 um 3,1 % teurer als ein Jahr zuvor, der tägliche um 4,1 %. Wohnen, Wasser, Energie wurden 2012 um 3,3 % teurer. Bezahlen sollen wir. Sozialleistungen und Löhne werden angegriffen, während die Preise steigen. Die Wirtschaftskammer fordert einen „Teilkrankenstand“. Erkrankte sollen arbeiten und für (an-

here Umsatzsteuer, Konsumsteuern, Selbstbehalte für Gesundheitsleistungen, Rationierung der Gesundheitsversorgung für ältere Menschen und viele Jahre länger arbeiten statt Pension. Die „Steuerquote“ (gemeint: für Unternehmen, hohe Einkommen und Vermögen) sei aber „am Limit“. Dabei sparen sich die Reichen allein durch das Stiftungsrecht jährlich 500 Mio. an Steuern.

Aber es gibt auch Widerstand. Wegen Untätigkeit der Gewerkschaft haben die Salzburger Landesbediensteten selbstorganisiert Maßnahmen gegen die Nulllohnrunde



Niedrige Löhne, hohe Preise, Sozialabbau: Klassenkampf von oben findet längst statt.

dere) mögliche Tätigkeiten eingesetzt werden. Tatsächlich gehen viele krank – voll – arbeiten, weil der Arbeitsdruck hoch ist oder Jobverlust droht. Die „Lösungen“ von Bernhard Felderer, Präsident des Staatsschuldenausschusses: hö-

ergriffen – erfolgreich. In Deutschland hat sich ein Bündnis für eine 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn ausgesprochen und findet Unterstützung in Österreich. Am 30.1. demonstrierten tausende KollegInnen aus dem Ge-

sundheits- und Sozialbereich (BAGS) für eine anständige Entlohnung ihrer harten Arbeit. Vom BAGS-KV sind besonders Frauen mit niedrigen Löhnen und Teilzeitbeschäftigung betroffen. Einmal mehr waren die Gewerkschaften

nicht bereit, längst überfällige Kampfmaßnahmen zu organisieren, sondern schlossen „Kompromisse“ mit einer Abspeisung von 2,7% (Ist-Löhne) bzw. 2,75% (KV-Löhne) „Erhöhung“. An der Gewerkschaftsbasis herrscht berechtigter Unmut. Dieser muss zu einer Gewerkschaftsopposition zusammengefasst werden!

Helga Schröder

Die SLP fordert:

- Mindestens € 1.200,- netto für Löhne, Pensionen und Arbeitslose – bei Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden/Woche!
- 50% Steuer auf nicht investiertes Kapital!
- Öffentliche Investitionen in Bildung, Gesundheit und Umwelt!

Der Standpunkt



von Sonja Grusch Pferdeleberkäs gilt als Delikatesse. Warum also die Aufregung über Pferdefleisch, das europaweit in Lebensmitteln gefunden wurde? Ob Pferdefleisch besser, schlechter oder gleichwertig ist, ist irrelevant. PrüferInnen geben Entwarnung, dass keine gesundheitsschädlichen Risiken bestehen – doch wer – aus welchen Gründen auch immer – eine Fleischsorte nicht möchte, hat das Vertrauen in die Lebensmittelindustrie verloren.

Die Liste der Nahrungsmittelskandale ist lang: Frostschutzmittel im Wein, Gammelfleisch, Salmonellen, falsche Deklarationen bei Bio-Produkten,

Geschenktem Gaul darf nicht ins Maul geschaut werden

Rinderwahnsinn, Medikamenten- und Giftstoffe in Nahrungsmitteln... Bei Sicherheit und Sauberkeit wird gespart. Es wird mit gefährlichen Stoffen gearbeitet. Und mit der Deklaration von Inhaltsstoffen bzw. Herkunft nehmen die Unternehmen es nur theoretisch ernst.

Auch hier gilt: Wer Geld hat, kann sich gesundes Essen leisten. Der deutsche CDU-Politiker Fischer schlug vor, das Pferdefleisch-Essen an Hilfsorganisationen zu geben. Wer kein Geld hat, hat auch keine Wahl.

PolitikerInnen fordern schärfere Richtlinien und Strafen. Die Strafen sind im Verkaufspreis einkalkuliertes Risiko, das billigere Pferdefleisch hat Extraprofite gebracht. Richtlinien werden schon jetzt ignoriert. Dass EU und Regierungen im Interesse der (Nahrungsmittel-)Wirtschaft agieren, ist nichts Neues. Da wird viel über Konsumentenschutz geredet, aber auch die Grundlage für kulinarische Grauslichkeiten gelegt. So könnte eine Konsequenz aus dem Pferdefleischskandal sein, dass die EU einen Grenzwert festlegt, bis zu dem eine Fleischsorte „verunreinigt“ sein darf. Motto: „Fünf Prozent Schwein im Rinderkebab erlaubt der Markt“. Die Absurditäten der Nahrungsmittelindustrie nehmen zu, solange Profite und nicht Geschmack und Gesundheit im Vordergrund stehen. Mahlzeit!

Impressum, Offenlegung lt. §25 des Mediengesetzes:

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien, Herstellungs- und Verlagsort: Wien, | DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U Abo-Zahlungen & Spenden: PSK (BLZ 60 000) Kto-Nr. 8812.733

Höhere Löhne und Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn!

Frauen sind selten wirklich unabhängig von Partner oder Familie. In der Krise steigt die unbezahlte Arbeit – wegen Privatisierung im Sozial- und Gesundheitswesen. Der Anteil prekärer Niedriglohnjobs steigt, Löhne stagnieren und Frauen werden aus dem Arbeitsmarkt gedrängt. Finanzielle Abhängigkeit von gewalttätigen Partnern macht Trennungen schwieriger. Frauenministerin Heinsch-Hosek ist durch

Sparpaket und Nulllohnrunde im Öffentlichen Dienst mitverantwortlich. Frauen brauchen Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn! Mindestlöhne, von denen man leben kann und höhere Lohnrunden für Frauen! Flächendeckend gratis Kinderbetreuung. Und die Hausarbeit, die von Frauen gratis verrichtet wird, muss von der Gesellschaft kollektiv übernommen werden. Für kostenlose öffentliche Dienstleistungen!



Superfrauen? Burn Out!

Ich bin Alleinerzieherin. Seit November arbeite ich wieder 40 Stunden, weil mein Teilzeitgehalt nicht ausreicht. Ich und mein

Kleinkindalter. Aufgrund der ständigen Betreuungseingänge bin ich auf meine Mutter, die zusätzlich meinen Bruder pflegt, für Kin-

Ich bin kein Einzelfall. Die Klassengesellschaft bürdet Frauen den Großteil der Verantwortung für die nächste Generati-

Frauen arbeiten viel für wenig oder keinen Lohn – Gewerkschaft muss Kampf organisieren!

dreijähriger Sohn wohnen auf knappem Raum, er hat kein eigenes Zimmer – mehr kann ich mir nicht leisten. Istloohnerhöhungen gibt es in meinem Kollektivvertrag nicht. Brauche ich Zeit für mich selbst, für Arzt oder Friseur, muss ich Babysitter organisieren, die teuer sind und nicht immer können. Mit den zwei Wochen Pflegeurlaub/Jahr komme ich kaum aus, weil Kinder

derbetreuung angewiesen. Dafür muss ich mir dann anhören, dass meine Wohnung nicht perfekt geputzt ist. Ich muss immer funktionieren, krank sein oder sich um eigene Bedürfnisse kümmern ist nicht drinnen. Mein ständiger Begleiter ist das schlechte Gewissen. Den gesellschaftlichen Erwartungen entsprechen? Fehlanzeige. Burnout? Wahrscheinlich, aber ich muss ja funktionieren.

on auf – und lässt sie damit alleine. Es wird von uns erwartet, uns gratis – es bleibt ja in der Familie – um Kinder, Kranke und Alte zu kümmern. Wir leisten weltweit 2/3 der unbezahlten Arbeit. Gleichzeitig beutet uns der Kapitalismus in Niedriglohnjobs aus. Und dank der Superfrauenpropaganda der Medien fühlen wir uns zusätzlich als Versagerinnen. Danke, Kapitalismus. **Laura Rafetseder**



Sozialistische Antworten auf Frauenunterdrückung!

Die Parlamentsparteien sind herzlich scheinheilig, wenn sie behaupten, sich für Frauen einzusetzen. Durch Sozialabbau verschlechtern sie die Situation von Frauen (SPÖ-VP und Grüne) bzw. sind selbst sexistisch (ÖVP, FPÖ und BZÖ). Sie vergießen Krokodilstränen, sammeln Unterschriften, veranstalten Matineen und appellieren an die Unternehmen. Das funktioniert nicht! Wir müssen unsere Rechte erkämp-

fen. Nötig ist der Aufbau einer Bewegung von unten – gegen Sexismus und Sozialabbau. Eine wichtige Rolle kommt dabei den Gewerkschaften und der ArbeiterInnenbewegung zu. Sexistische Ideologie ist untrennbarer Teil der Klassengesellschaft. Um Ausbeutung und Unterdrückung von Frauen langfristig zu beenden, ist es daher notwendig, deren Ursache zu beseitigen – und mit dem Kapitalismus zu brechen.



SPÖ: Kein Schutz vor Privatisierung

Die SPÖ versucht, sich als strahlender Ritter gegen Privatisierungen zu präsentieren. Auf Bundesebene gegen die EU-Begehr-

fordern, wird die SPÖ das letztlich umsetzen, wenn auch durch die Hintertür.

Wie wenig ernst es der SPÖ ist, zeigen andere

und gewinnorientiert sind, steigen die Preise und sinken die Löhne. Und zur endgültigen Privatisierung wäre nur der stille Wech-

gebeutelten Kapitalismus. Für den Staat sind sie bestenfalls kurzfristig budgetwirksam, bedeuten aber letztlich Verluste (OMV

Die SPÖ ist sehr kreativ beim Privatisieren – daran wird auch die Volksbefragung in Wien nichts ändern.

lichkeit zur Wasserprivatisierung, in Wien mit dem Mittel der Wiener Volksbefragung.

Doch der von der SPÖ auf den Plakaten für die Befragung beworbene Schutz der Wasserversorgung vor Privatisierung ist ein übles Ablenkungsmanöver. Die ist seit 2001 per Landesgesetz eigentlich verboten und das kann nur mit Zweidrittelmehrheit im Gemeinderat geändert werden. Wenn EU-Verordnungen Anderes

kommunale Dienstleistungen. Z.B. wurde der Schutz der Wiener Verkehrsbetriebe und des Kanalsystems schon vor Langem durch Cross-Border-Leasing de facto aufgehoben.

Auch das von der Wiener SPÖ schon seit den 1990er-Jahren genutzte Instrument der Ausgliederung (u.a. Wiener Stadtwerke Holding, Fonds Soziales Wien) bereitet Privatisierungen vor. Da diese Unternehmen privatrechtlich organisiert

sel des Eigentümers (derzeit: Stadt Wien zu 100%) zu vollziehen. Die angestrebte Bürgerbeteiligung an Energieprojekten (Frage 4 der Volksbefragung) ist nichts Anderes als das Verleasen von Grundversorgung – also eine Privatisierung.

Das alles sind neoliberale Methoden, die die SPÖ, in Wien nunmehr unter Beteiligung der Grünen, seit gut 20 Jahren einsetzt. Privatisierungen sind ein Investitionsfeld für den krisen-

letzte 14,9 %-Tranche: Erlös 0,3 Mrd; Einnahmenverlust 1996-2010 1,5 Mrd.) und verschlechtern die Situation für KundInnen und Beschäftigte.

Die SPÖ wird weitere Privatisierungen nicht verhindern. Deshalb sind Kampagnen der Betroffenen Gewerkschaften, Beschäftigten und KlientInnen/KundInnen essentiell für den Erhalt von kommunalen und staatlichen Einrichtungen. **Peter Gründler**

Frauen...

...gibt es in der österreichischen Politik wenige. Österreich liegt vor Äthiopien und Afghanistan auf Platz 28: ca. 27 % Frauen im Nationalrat, ca. 30 % in Landtagen; im Seniorenrat 22,2 %, in der WKÖ 21,5 %, in der AK nur 12,5 %, in der Landwirtschaftskammer gibt es überhaupt keine. Mehr Frauen bringen nicht automatisch bessere Beschlüsse, aber man sieht, dass nicht einmal formal Frauenbeteiligung ein echtes Ziel ist.

Gerade einmal 65-69 % der Frauen sind Erwerbstätig. Rund 50 % aller Frauen gehen nach der Karenzzeit nicht arbeiten, 20 % nur mehr geringfügig. 23 % geben an, dass unzureichende Kinderbetreuung der Grund ist. 21 % im Alter bis 40 sagen sogar, dass Berufstätigkeit mit Kinderbetreuung unvereinbar ist. Bei 46,1 % hat die schwierige Vereinbarkeit auch psychische Auswirkungen.

Wenn Frauen arbeiten, verdienen sie rund 31 % oder – gemessen am Durchschnittslohn – € 852 im Monat weniger als Männer. Das hat Auswirkungen: 32 % der Männer geben ökonomische Gründe an, nicht in Karenz zu gehen. 28 % aller Alleinerzieherinnen sind armutsgefährdet, 26 % der allein lebenden Frauen mit Pensionsbezug sind armutsgefährdet, denn die Durchschnittspension beträgt nur € 784.

Und auch Freizeit bleibt nicht viel. Erwerbstätige Frauen haben eine durchschnittliche Gesamtbelastungszeit von 64 Std./Woche, der Aufwand für Hausarbeit ist in Beziehungen mit Kindern 4,06 Std./tägl., bei Alleinerzieherinnen 3,26 Std. Auf Grund teurer oder nicht vorhandener Einrichtungen bleibt Pflege zu 70 % an Frauen hängen. 80 % der unbezahlten Arbeit leisten Frauen.

Quellen: Österreichisches Statistisches Zentralamt, Statistik Austria, www.faz.net, Österreichische Armutskonferenz 2012, www.arbeiterkammer.com/online/armut-in-oesterreich-59927.html, www.arbeiterkammer.at, WIFO, Leseheft 1 Armut – aktualisierte Auflage, www.wienerzeitung.at, SORA, Zeitschrift Madonna, Grüne Bre 1/2011, Österreich

Der rechte Rand

Bei einer etablierten Partei wie der FPÖ wundert es nicht, dass über Förderungen an Partei und Vorfeldorganisationen Steuergeld in die Hand Rechtsextremer gelangt. Das Geld stellt eine wichtige Bereicherung zu den (unbekannten) Spenden aus der Wirtschaft dar und ermöglicht „Freibierwahlkämpfe“ und Plakatwände voll rechter Hetze übers ganze Jahr. Die FPÖ erhielt 2011 laut eigenem Rechenschaftsbericht knapp sechs Millionen Euro vom Staat (plus 2,3 Millionen für ihr „Bildungs“institut) – aber gerade mal 320.000 Spenden.

Bund und Länder unterstützen aber auch andere rechtsextreme Strukturen, wie z.B. die Zeitung „Zur Zeit“ mit 52.742 € Presseförderung 2012. 1996 finanzierten Bund und Länder mit Millionen die Errichtung des „Haus der Heimat“ in Wien. Weiter vier Millionen wurden bis 2003 als Grundstock für eine Stiftung gezahlt. Das Haus dient dem „Verband der Volksdeutschen Landsmannschaften“ als Quartier. Dieser Vertriebenenverband gedenkt auf seiner Website einer ganzen Reihe rechter Gestalten wie Viktor Franke (verantwortlich für den Völkermord an den Hereros), Daniel Swarovski (Förderer und illegales Mitglied der NSDAP), den konterrevolutionären Bluthund Radetzky und vielen anderen. Zuletzt geriet es Ende 2012 in die Schlagzeilen, als der Holocaustleugner und Neonazi Bernhard Schaub dort auftrat.

Ebenfalls Millionenförderung durch Länder und Bund erhält der „Österreichische Turnerbund“ der sich bis heute der Erziehung zum „Deutschtum“ verpflichtet fühlt. Seine Führungsriege ist von FPÖlern durchgesetzt.

Am Anfang der 2. Republik wurde die beginnende Sozialpartnerschaft in Form der Lohn-Preis-Abkommen (LPA) gegen die ArbeiterInnenklasse durchgepresst. Dies wurde 1948 in einem wegweisenden Streik in der Schuhindustrie deutlich, in dem einige wenige TrotzistInnen eine bedeutende Rolle spielten.

Aus ihrer Funktion als BetriebsrätInnen heraus hatten sie sich Vertrauen erarbeitet. Sie verbanden den Kampf um punktuelle Verbesserungen (Lohn, Arbeitszeit und Mitsprache) mit dem „Kampf für den revolutionären Sturz der Bourgeoisie“. Gegenüber KPÖ und SPÖ zeichnete sie ihre Ablehnung des

**Frisch gekämpft,
ist halb gewonnen!**

österreichischen Patriotismus aus. Im Streik selbst unterstützten sie die Gründung lokaler Streikkomitees, mittels derer die ArbeiterInnen Druck auf den ÖGB und die KPÖ-dominante Fachgruppe in der Gewerkschaft ausüben sollten. Später sollte sich herausstellen, dass dies nicht ausreichte: Der ÖGB brachte bei einer Streikvollversammlung mit knapper relativer Mehrheit einen nach zwei Monaten Streik in Geheimverhandlungen ausgearbeiteten Kompromiss durch. In diesem wurden zwar real bestehende Verbesserungen im KV abgesichert, die eigentlichen Streikforderungen wurden aber verfehlt.

Dadurch verfestigte sich trotz des massiven Widerstands die Machtbasis des ÖGB, was an der erfolgreichen Unterdrückung von weiteren Arbeitskämpfen durch die LPA deutlich wird. Dem kapitalistischen Wiederaufbau waren durch die Durchsetzung der Sozialpartnerschaft gute Dienste erwiesen worden.

Bernhard Mallinger



SPÖ und ÖGB endlich trennen!

Der „Gründervater“ der österreichischen Sozialdemokratie, Viktor Adler, bezeichnete Gewerkschaft und Sozialdemokratie

Bremse von Protesten gegen die Regierungspolitik. Wohl kaum eine andere Gewerkschaft Europas hat die Kürzungen inklusive

mal SPÖ bzw. FSG-Mitglied, doch in „erster Linie“ GewerkschafterInnen sind. Und fast sehnsüchtig ist der Blick nach

SPÖ war in Opposition und hat danach wieder bei Wahlen gewonnen, nach links ist sie allerdings nicht gegangen.

Tatsächlich kann linke bzw. sozialdemokratische Politik heute nur mehr gegen und nicht mehr mit der SPÖ umgesetzt werden. Wo die SPÖ an der Macht ist, macht sie Politik gegen die Gewerkschaftsmitglieder: Nulllohnrunde, Sparpakete, Steuerspekulationen, Gebührenerhöhungen usw. Um die Interessen der Gewerkschaftsmitglieder wirklich vertreten zu können brauchen wir drei Dinge: kämpferische Gewerkschaften, eine Loslösung des ÖGB von der SPÖ und eine neue ArbeiterInnenpartei! **Sonja Grusch**

Gewerkschaft und FSG müssen sich von der SPÖ lösen

einst als „Siamesische Zwillinge“. Noch heute besteht diese Verbindung zwischen ÖGB und SPÖ. Knapp 15 % aller Abgeordneten im Parlament sind in der Gewerkschaft. Im SPÖ-Club sind wohl alle Gewerkschaftsmitglieder, manche wie Wolfgang Katzian auch in führender Funktion. Der Einfluss der SPÖ auf die Politik der Gewerkschaften ist enorm und dient als

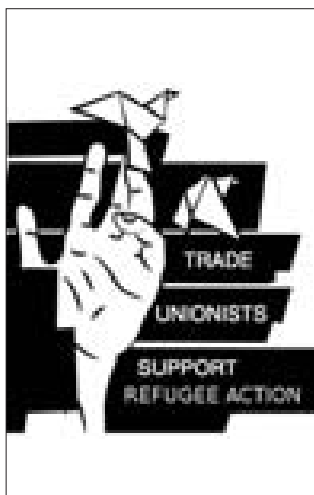
Nulllohnrunde so widerstandslos hingenommen.

Der Einfluss der Gewerkschaften auf die SPÖ ist demgegenüber nicht mehr existent. Beschlüsse wie vom SPÖ-Parteitag nach einer Vermögenssteuer dienen der Beruhigung der Basis ohne Auswirkungen auf die reale Politik der SPÖ. Immer mehr GewerkschafterInnen haben das Gefühl, dass sie, auch wenn for-

Deutschland, wo es mit der Partei „Die Linke“ zumindest eine Alternative gibt. Auch diese ist in Bewegungen, Kämpfen und Streiks aus der Gewerkschaft entstanden.

Wider besseres Wissen hoffen noch viele, dass vielleicht doch irgendwie die SPÖ wieder nach links gehen wird. Die Hoffnungen sind dabei nicht neu: SPÖ in Opposition oder Stärkung bei Wahlen. Die

ÖGB: Den Worten müssen Taten folgen



„Der ÖGB kämpft für eine Gesellschaft in der Faschismus und Rassismus keinen Platz haben“ (ÖGB-Leitbild). Das ist gut, denn mit Rassismus versuchen die Herrschenden ihre Interessen besser durchzusetzen. Wer z.B. durch rassistische Asylgesetze gezwungen ist „schwarz“ zu arbeiten, bringt den Unternehmern Extraprofit und drückt die Löhne. Im ÖGB sind 1,2 Millionen ArbeitnehmerInnen organisiert. Ein enor-

mes politisches Gewicht, das es den Herrschenden schwer macht, eine anti-rassistische Bewegung zu kriminalisieren. Wichtig war, dass die Gewerkschaften ProGe und Bau-Holz bzw. der ÖGB gegen den WKR-Ball aufgerufen haben. Daran gilt es auch in der Flüchtlingsbewegung anzusetzen. Wenn ausländische und „inländische“ ArbeitnehmerInnen gemeinsam aktiv werden, wird Rassismus zurückgedrängt. De-

mos und v.a. Streiks sind daher nicht nur wichtig um soziale Ziele zu erreichen, sie verändern auch das Bewusstsein aller betroffenen KollegInnen. Doch bisher bleibt es bei den Gewerkschaften meist bei Erklärungen, Taten fehlen! Mit seinen Publikationen, Aussendungen, FunktionärInnen, Veranstaltungen etc. könnte der ÖGB einen wichtigen Teil der ArbeiterInnenklasse auch mobilisieren.

Michael Gehmacher

Großdemo der Flüchtlingsbewegung

Am 16.2. fand nach wochenlanger Vorbereitung die bundesweite Demonstration der Flüchtlingsbewegung statt. Seit Ende November haben sich Flüchtlinge selbst organisiert und eine Protestbewegung gemeinsam mit UnterstützerInnen aufgebaut, zuerst mit einem Protestcamp, dann mit dem Hungerstreik in der Votivkirche. Sie fordern ein Ende der Repression, Bleiberecht für alle und ein Arbeitsrecht. Die SLP ist von Anfang an zentral dabei aktiv und war eine treibende Kraft bei der Organisation der Demonstration.

Mit ca. 2.500 TeilnehmerInnen war sie ein voller Erfolg! Viele hunderte Flüchtlinge und UnterstützerInnen aus Wien, Graz, Linz, Salzburg, Innsbruck, Vorarlberg und Kärnten gingen gemeinsam auf die Straße. Auch von Seiten der PasantInnen bestand viel Interesse und Zuspruch. Einige gingen spontan mit.

RednerInnen der SLP machten klar, dass die BündnispartnerInnen nicht im Parlament sitzen, sondern die Gewerkschaften sein müssen. Einige Organisationen und Gewerkschaftsfraktionen riefen zur Demo auf. Thomas Zarka (Personalvertreter und Gewerkschafter bei der KIV) meint aber: „Die Mehrheitsfraktionen

sind nicht bereit dazu etwas zu tun, obwohl das ihre Kernaufgaben wären: gleicher Lohn für alle und gleiche Rechte für alle.“

Auf Tafeln forderten wir das Recht auf Arbeit für alle, die hier leben, und einen Mindestlohn von € 1.200 netto mit einer Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden/Woche. So wollen wir eine Brücke zwischen AsylwerberInnen und den Interessen von ArbeitnehmerInnen in Österreich schlagen. Die Forderung zum generellen Arbeitsrecht für alle stand auch im Mittelpunkt der Demonstration. Dank der Bewegung findet sich das Thema bereits auf der politischen Tagesordnung. In den Zeitungen sind aber auch hetzerische Artikel zu finden, wo z.B. die Innenministerin erklärt es gäbe eh massenhaft Saisonarbeitsstellen für Flüchtlinge, die aber nicht ausgenutzt werden. Die negativen Aspekte einer solchen Saisonarbeit inklusive des Verlusts der Grundversorgung nachdem die Arbeitsbewilligung „abläuft“, lässt sie außer Acht.

Die Demo war ein spürbares und großartiges Zeichen der Solidarität und hat gezeigt, dass diese Protestbewegung weitergeht und konkrete Verbesserungen für Flüchtlinge erkämpfen kann.

Marlene Mayer



Burschenschafterball ade!

Auch heuer war die SLP bei den Protesten gegen den jetzt zum „Akademikerball“ umdeklarierten WKR-Ball an vorders-

reaktionären und Ewiggestrigen aus ganz Europa nicht – das sagt viel über das politische Establishment aus. U.a. riefen Kul-

tu zu OGR-Demo & Blockaden auf. Aus Sicht der SLP ist das ein großer Erfolg, wenngleich durch den ÖGB organisierte Blocka-

Die SLP fordert seit Langem die Beteiligung der Gewerkschaften bei den Protesten gegen rechts!

ter Front dabei. Eine breite Öffentlichkeit zeigte lautstark, dass Nazis und GeschichtsfälscherInnen nicht ungehindert in der Wiener Hofburg feiern können. Dass der Ball des Wiener Korporationsrings (WKR) heuer von der FPÖ-Wien veranstaltet werden musste, ist ein kleiner Erfolg der letzten Jahre. Die Stadt Wien und Vater Staat verhinderten dieses Treffen von Erz-

tusgemeinde, SPÖ, Grüne und ÖGB unter dem Motto „Zeichen setzen“ zur Kundgebung am Heldenplatz auf, während wir mit dem Bündnis „Offensive gegen Rechts“ (OGR) friedliche Blockaden organisierten. Ziel war, den braunen und blauen Brut den Zugang zum Ball zu erschweren und dessen Beginn zu verzögern. Auch die Gewerkschaften BauHolz und ProGe riefen

den den Ball nicht wirklich verhindern könnten. SLP- und GewerkschaftsaktivistInnen versperrten den Rechtsextremen gemeinsam den Weg. Diese Breite erschwerte es Medien und Politik (trotz Polizeiübergriffen), unseren Protest als „blinden Aktionismus linksradikaler Randalierer“ hinzustellen.

Pablo Hörtner

Streik in oberösterreichischen Ordensspitälern!

Am 20.2. streikten alle acht Ordensspitäler mit 10.000 Beschäftigten in Oberösterreich. Allein in Linz haben ca. 2.000 KollegInnen an den halbtägigen Betriebsversammlungen teilgenommen. Die Beschäftigten wollen kein weiteres Jahr Reallohnverlust hinnehmen. Sie haben klar gemacht, dass Kampfmaßnahmen folgen werden, wenn die Arbeitgeber die Teuerung nicht abgleichen. Wobei die Forderung nach Abgleichung der In-

flationsrate manchen KollegInnen – zu Recht – zu wenig ist. Es braucht endlich wirkliche Gehaltserhöhungen, um den jahrelangen Verlust wett zu machen. Im Elisabethinen-Spital wurde ich – obwohl „betriebsfremd“ – herzlich willkommen geheißen. In Flugblättern forderten wir, dass wir endlich gemeinsam gegen alle Kürzungen, wie der Nulllohnrunde und den niedrigen BAGS-Gehältern, kämpfen müssen.

Jan Millonig

Termin des Monats



Rundgang: Von 1918 bis 1945

Die revolutionären Ereignisse von 1918, Aufstieg und Niedergang des Roten Wien, der Bürgerkrieg 1934 und der Aufstieg des Faschismus. Die Rolle der Sozialdemokratie, ihr Verrat und ihre Fehler. Die Kämpfe und Opfer der ArbeiterInnenbewegung gegen den Austrofaschismus und den Nationalsozialismus. Ganz konkret in Wien Brigittenau.

Ein Bezirksspaziergang mit Informationen und Analysen.

22. März, Treffpunkt um 17.00 Handelskai – Milleniumstower
Anmeldung unter slp@slp.at



Vor 130 Jahren starb Karl Marx. Ein deutscher FDP-Politiker sagte unlängst: „lasst doch Karl Marx in seinem Museum in Trier“ (Geburtsort von Marx). Wie Kapitalismus funktioniert hat Marx präzise dargelegt und seine Analysen gelten heute genauso wie damals. Sätze wie von unserem FDP Politiker sollen das leugnen. Doch ein Blick in die Welt genügt, um zu sehen, wie aktuell Marx ist. Eine der wichtigsten Entwicklungen der letzten Jahre war die Weltwirtschaftskrise. Und das kam so: Seit den 1970ern bemerken die Konzerne, dass die investierten Geldsummen in die Produktion immer weniger Profit abwerfen. Al-

Rote Seitenblicke

so mussten neue Investitionsfelder her, wo die Profitrate (= Profit des investierten Kapitals) höher ist. Zuerst wandten sich die Unternehmen den Börsen zu, die Deregulierung der Finanzmärkte folgte, die neoliberale Politik hielt Einzug. Auch wollten die Konzerne im bisher staatlichen Bereich wildern, ob Wasser, Energieversorgung..., privatisiert wurde was geht. Weiters wurden Löhne gesenkt und Menschen entlassen, alles für die Profitrate. Das Platzen der Immobilienblase 2007 und die anschließende Wirtschaftskrise waren direkte Folgen dieses Prozesses. Dass langfristig im Kapitalismus die Profitrate sinkt und wie daher Wirtschaftskrisen entstehen, entdeckte Marx und bezeichnete es als Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate. Erst mit dem Sturz des Kapitalismus wird dieser Krisen erzeugende Prozess enden. Danach wird die FDP vielleicht einmal recht bekommen...

Georg Kummer



Sauberer Sport?

Mal wieder geht ein Wettskandal im Fußball durch die Welpresse. Und mal wieder soll es der größte sein, den es jemals gegeben hat. 380 Spiele sollen in

le manipuliert, elf davon in Österreich. 2012 wurde die englische Premier League von einem Wettskandal erschüttert. In den 1970er Jahren die deutsche Bun-

Firmen gibt, die Sportwetten im Internet anbieten, ist das Wettgeschäft ein internationaler Markt. 200 – 500 Milliarden Dollar werden hier jährlich umgesetzt.

nellen“ Kapitalismus sind fließend, schaut man sich den Einfluss von Oligarchen, Ölscheichs und Geschäftemachern aller Art im Profisport an.

Schockierte Reaktionen nach dem jüngsten Wettskandal im Fußball. Dabei ist solche Schiebung normal.

Europa geschmiert worden sein. Darunter Welt- und Europameisterschaftsqualifikationen und Championsleague Spiele. 15 Länder sind betroffen. 425 Funktionäre, ehemalige und heutige Spieler werden verdächtigt, daran beteiligt zu sein. Österreich ist mit immerhin fünf verdächtigen Spielen dabei.

Wettskandale gibt es im Fußball immer wieder. 2009 wurden 200 Spiele

desliga. Auch andere Sportarten sind betroffen. 1915 wurde die amerikanische Mafia beim Schmieren von Baseballspielen erwischt. Der Cricketsport erholt sich nur langsam von einem Wettskandal in Pakistan.

Obwohl Wettskandale immer wieder vorkommen, zeigen sich Verbände wie der europäische Fußballverband UEFA „total verblüfft“. Doch nichts ist verblüffend. Spätestens seit es

Zentrum des Geschäfts ist Asien, vor allem China. Hier entwickelte sich das Wetten zu einem regelrechten Volkssport. Gestresste ArbeiterInnen verbringen ihre Nächte in Wettbüros und setzen auf internationale Spiele, hoffen auf das große Glück.

Sport und Geldmacherei waren schon immer eng miteinander verknüpft. Die Grenzen zwischen „legalem“ und „krimi-

Die Profite aus manipulierten Spielen werden international geldgewaschen und in „legales“ Geld umgewandelt. Kriminelle Syndikate und „legale“ Steueroasen operieren Hand in Hand. Wettskandale währen ohne den globalen Kapitalismus nicht möglich. Es wird sie geben, so lange dieses System existiert und umso mehr, je krisenhafter es ist!

Christian Bunke

Die Matrosen von Cattaro

Im Antlitz von Russischer Revolution, Januarstreiks und anderer Aufstandsbewegungen Anfang 1918 beschlossen die etwa 6.000 Matrosen des vor Cattaro (Montenegro) gelegenen k.u.k. Marinegeschwaders, sich den Anti-Kriegsbemühungen der Arbeitenden anzuschließen. Der Kommunist, Schriftsteller und Politiker, Friedrich Wolf, war auch als Schiffsarzt im Ersten Weltkrieg tätig. Er schrieb 1930 die Geschichte dieses Aufstan-

des und die Situation der Aufständischen in seinem Stück „Die Matrosen von Cattaro“ nieder.

Beschrieben wird die Situation auf dem Flaggschiff S.M.S. St. Georg von den Anfängen der Planung und der Solidarisierung mit den anderen Schiffen über die Gefangennahme der Offiziere und Bildung von Matrosenräten bis hin zum Ende des Aufstandes. Die blutige Niederschlagung war möglich, aufgrund der Unerfahrenheit und Unentschlossenheit der Revolu-

tionäre und v.a. wegen des Fehlens einer revolutionären, politisch handlungsfähigen Führung.

Das Schicksal, welches die Matrosen, die in der Bucht isoliert wurden, traf, hat auch das Werk Wolfs zu tragen: Sucht man das Stück nämlich an bürgerlichen Theatern oder der Schulliteratur, wird man ebenso rar fündig wie bei diversen (online) Buchhandlungen.

Clemens Wiesinger





Schleichende Aushöhlung der Demokratie

Es war nicht so, dass die ÖsterreicherInnen am Abend des 4. März 1933 in einer funktionierenden Demokratie schlafen gingen, und am nächsten Tag plötzlich in einer Diktatur erwachten. Die austrofaschistische Diktatur hatte sich schon spätestens seit 1927 angekündigt. Umgesetzt wurde sie von der christlich-sozialen Regierung mittels Salamitaktik: So stärkte die

Schutt, der sich in den Jahren seit dem Bestande der Republik angehäuft hat, weggeräumt werden muß“, schrieb er dem „Duce“ Benito Mussolini. Dieser „Schutt“ wurde im Februar 1934 letztendlich weggeschossen, aufgehängt, interniert. Da war sie jetzt, die österreichische Diktatur – nur 15 Jahre nach den revolutionären Ereignissen am Ende des 1. Weltkrieges und

kratie gegen diktatorische Tendenzen genauso wenig immun wie 1933. Die rechts-nationalistische ungarische Regierung unter Viktor Orbán ist nur das offensichtlichste Beispiel dafür: Solange die Interessen der „Wirtschaft“ nur gewahrt bleiben, duldet die „Demokratie“ à la EU sogar ein mehr oder weniger offenes antidemokratisches Regime in ihren Reihen.

Heutzutage wird diese allerdings nicht mehr im Stechschritt paramilitärischer Parteiverbände gezogen, sondern sie kommt als „alternativer Sachzwang“ daher und schickt als pseudodemokratische Speerspitze eine sogenannte „Expertenregierung“ vor, wie zuletzt in Spanien, Griechenland oder Italien. „Sie kommt immer dann, wenn sonst

bürgerliche Grundrechte quasidiktatorisch außer Kraft setzen. Dazu stellen sie noch offen faschistische Parteien wie etwa die „Goldene Morgenröte“ gleichsam als Rute ins Fenster. Und all das unter dem beifälligen Kopfnicken einer EU-Troika, die auch nie jemand gewählt hat. Schließlich gelte es am Ende in Europa eine „marktkonforme Demokratie“ herzustellen,

Achtzig Jahre nach 1933 ist die bürgerliche Demokratie genau so Diktatur-anfällig wie zuvor.

Bundesverfassungsnovelle 1929 zunächst die Autorität der Regierung gegenüber dem Parlament, 1932 dann beschnitt die Regierung die Kontrolle durch Justiz und Presse; nach der sogenannten „Selbstausschaltung des Parlaments“ 1933 regierte Bundeskanzler Dollfuß zuerst mit Notverordnungen, um schließlich jede Opposition auch physisch auszuschalten: „Es ist klar, daß zunächst viel

nachdem die Elemente von ArbeiterInnen-Demokratie durch die bürgerliche Demokratie – unter Mit Hilfe der Sozialdemokratie – beseitigt wurden. Und all das ging – wie auch im Deutschland der Weimarer Republik – zwar inklusive Verfassungsbruch, aber doch auf dem „Boden der (bürgerlichen) Demokratie“ vonstatten.

Auch nach 80 Jahren ist die bürgerliche Demo-

Nicht weiter verwunderlich, denn seit jeher schon legen die Herrschenden ihr demokratisches Mäntelchen ab, sobald das letztlich auf Profitmaximierung gegründete Gesellschaftsmodell der bürgerlichen Demokratie die Begehrlichkeiten der „freien Märkte“ nicht mehr befriedigen kann. Erst recht in Krisen und bei sich zuspitzenden sozialen Konflikten setzen sie auf die diktatorische Karte.

gar nichts mehr geht“, gab selbst die „Financial Times Deutschland“ zu, und „Le Monde diplomatique“ bemerkte, dass „da im Prinzip nur verschleiert [wird], dass es sich um eine Regierung der Banker handelt“. Solche demokratisch durch nichts legitimierte TechnokratInnen-Kabinette sind es auch, die grausamste Sparprogramme verordnen und zu ihrer Durchsetzung

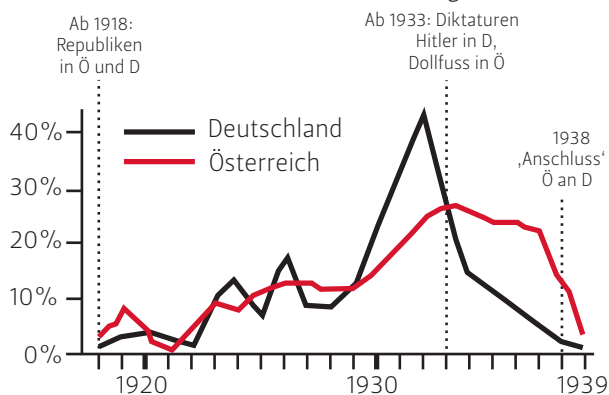
len, meinte die deutsche Kanzlerin Angela Merkel.

Allerorten werden dieser Tage vor unseren Augen Gesetze ständig verschärft, Überwachungssysteme ausgebaut und im Namen einer nationalen Sicherheit die Staatsapparate aufgerüstet – und das alles angeblich zum Schutz der Demokratie.

Alexander Svojtko

Arbeitslosigkeit 1918–1939 in Deutschland und Österreich

Durch Kriegsvorbereitungen und Judenverfolgung reduzierten die Faschisten die Arbeitslosigkeit.



Zahlen & Fakten

- **Die Volksabstimmung** am 10.4.1938 ergab – auch unter Einschüchterung – 99,6% pro „Anschluss“.
- **Ca. 8%** der Bevölkerung waren aus „rassischen“ und politischen Gründen erst gar nicht stimmberechtigt
- **Ebenfalls ca. 8%** der Bevölkerung waren 1943 Mitglied der NSDAP
- **Österreicher** wie Adolf Eichmann (Koordinator der Vertreibung und Deportation) oder Odilo Globocnik („Manager“ der Vernichtung) spielten eine zentrale Rolle im Vernichtungsapparat
- **„Versuchsfeld Österreich“:** Mit dem Anschluss setzen spontane Pogrome gegen JüdInnen und private Arisierungen ein, die vom Regime in der Folge in „geordnete“ Bahnen – also den staatlich organisierten Raub – gelenkt wurden
- **Nach dem Novemberpogrom** 1938 wurden bereits 20.000 JüdInnen ins KZ deportiert.
- **1938** lebten noch ca. 200.000 JüdInnen in Österreich; 90 % davon in Wien
- **nur 1.000** bis 2.000 überlebten in Wien als „U-Boote“
- **65.000 JüdInnen** wurden ermordet, 120.000 emigrierten
- **1,2 Millionen** Österreicher waren in der Wehrmacht oder der Waffen-SS.
- **Geschätzte 100.000** Österreicher kämpften bis 1945 in alliierten Armeen dagegen, waren ab 1942 in Partisanenverbänden oder in Widerstandsgruppen
- **Getragen** wurde der Widerstand hauptsächlich von der ArbeiterInnenbewegung und hier vor allem von KommunistInnen.
- **Häufig** aufgrund von Verrat durch NachbarInnen und Bekannte gelang es der Gestapo, zahlreiche Organisationen und Untergruppen des Widerstandes zu zerschlagen. Mehr als 35.000 ÖsterreicherInnen verloren im Kampf gegen den NS-Staat ihr Leben.
- **100.000** Menschen waren 1938–1945 vom Regime länger als drei Monate interniert
- **In Mauthausen (OÖ)** befand sich ein Konzentrationslager mit Lagerstufe 3 mit über 50 Nebenlagern und Gaskammern. Bis 1945 wurden hier über 100.000 Menschen ermordet.
- **Nach einer kurzen** Phase der Verfolgung der NS-TäterInnen nach dem Krieg kam diese spätestens 1955 praktisch völlig zum Erliegen.
- **Erst seit wenigen** Jahren werden Wehrmachts-Deserteure anerkannt. Ebenso blieben ganze Opfergruppen jahrzehntelang von Anerkennung und „Entschädigungs“-Zahlungen ausgeschlossen
- **Erst 1991** räumte ein österreichischer Bundeskanzler offiziell eine gewisse Mitschuld am NS-Terror ein.

Der „Anschluss“, der nicht vom Himmel fiel

Österreich im März 1938: Hunderttausende Menschen am Wiener Heldenplatz sowie spontane Pogrome gegen die jüdische Bevölkerung und erste Transporte in die Konzentrationslager. Doch „Anschluss“, Jubel und Terror fielen nicht vom Himmel.

Gleichzeitig eröffnen revolutionäre Situationen aber immer nur sehr begrenzte Zeitfenster. Die Strategie der Sozialdemokratie scheiterte – trotz mehrerer Wahlerfolge in den kommenden Jahren – vollkommen. Bereits ab 1920 regierten rein bür-

des italienischen Faschismus an.

Am 15. Juli 1927 zündeten aufgebrachte Wiener ArbeiterInnen im Rahmen einer spontanen Demonstration den Justizpalast an. Grund war ein offensichtlich politisch motiviertes Fehlurteil. Die Polizei schoss in die Demonstration: 89 Tote, davon 85 tote DemonstrantInnen. Die Rolle der sozialdemokratischen Parteiführung beschreibt eine von der SPÖ betriebene Homepage treffend: „Die sozialdemokratische Führung sah an diesem 15. Juli ihre Hauptaufgabe darin, einen drohenden Bürgerkrieg zu verhindern: Wir sind nicht im Kampf besiegt worden, wir sind vielmehr dem Kampf ausgewichen, lautete die Devise. Im historischen Rückblick wird klar, dass das Schattendorfer Urteil den Auftakt zum Untergang der Ersten Republik darstellte und dass die reaktionären Kräfte den späteren Bürgerkrieg bereits an diesem Tag gewonnen hatten.“ (www.dasrotewien.at).

1930 legten die Heimwehren mit dem Korneuburger Eid ein öffentliches Bekenntnis zu einer faschistischen Staatsform ab. Anfang der 1930er schlug die Weltwirtschaftskrise in Österreich voll durch. Gemeinsam mit Deutschland stand das Land im Zentrum von Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau in Europa. Letzterer wurde mit immer autoritäreren Methoden durchgezogen. Die Beteiligung der faschistischen Heim-

Die 1. Republik – Revolution und Reaktion in der Zwischenkriegszeit

Nur 20 Jahre vor dem „Anschluss“ schien man in der „Mitte Europas“ zunächst scharf nach links einzubiegen. Die österreichische ArbeiterInnenschaft war Teil einer internationalen Bewegung, die maßgeblich zur Beendigung des 1. Weltkrieges beigetragen hatte. Mittels selbst gewählter Räte kontrollierte sie bereits Teile von Wirtschaft, Politik und Armee. Die Gründung der bürgerlichen – eben nicht sozialistischen – Republik 1918 war demgegenüber eine bewusste Entscheidung der Führung der österreichischen Sozialdemokratie. Sie warnte ihre Anhänger nachdrücklich vor „revolutionären Abenteuern“, setzte zunächst auf einen nationalen Zusammenschluss mit Deutschland und versprach, später die Hülle dieser neuen Republik schrittweise mit „sozialistischem Inhalt“ zu füllen. Tatsächlich ermöglichte der Druck der Rätebewegung 1918/19 eine Reihe von grundlegenden sozialen und politischen Verbesserungen.

gerliche Kabinette. Diese sahen ihr Hauptziel darin, den „revolutionären Schutt“ – also die Reformen der Jahre 1918–1920 – zu beseitigen. 1922 verordneten Völkerbund und Regierung gemeinsam ein extrem hartes Sparprogramm („Genfer Sanierung“) und manifestierten so die soziale Dauerkrise in der Ersten Republik. Die freien (sozialdemokratischen) Gewerkschaften überschritten bereits in diesem Jahr den Höhepunkt ihrer Entwicklung und rieben sich im folgenden Jahrzehnt in defensiven Lohnkämpfen auf.

Die Machtübernahme Mussolinis in Italien (ebenefalls 1922) war Vorbild für die Entwicklung des „Austrofaschismus“. Dieser wurde zunächst v.a. durch die (auch von Mussolini mit Waffen unterstützten) paramilitärischen Verbände der Heimwehren repräsentiert. Einige Jahre später strebten auch die Eliten des Landes ein Staatsmodell nach dem Vorbild



wehren an der Regierung (ab 1932) war ein bewusster Schritt der bürgerlichen Eliten. Sie mündete in der Ausschaltung des Parlaments (1933), dem Bürgerkrieg und der Proklamation einer neuen, autoritären Verfassung (1934). Die ArbeiterInnenbewe-

– Ernst Karl Winter – fasste die eigentliche Wirkung des Austrofaschismus 1936 bemerkenswert weit-sichtig zusammen, als er schrieb, dass „die sichers-te Immunisierung gegen das braune Gift bisher nicht der Katholizismus, nicht der Konservativis-

In den letzten Tagen der staatlichen Selbstständigkeit machte die illegale ArbeiterInnenbewegung noch einmal mobil. Ein Höhepunkt war eine österreichweite Vertrauensleutekonferenz in Wien Floridsdorf am 7. März 1938. Nur fünf Tage vor dem Ende wurde hier in aller Öffentlichkeit der Wille zum Widerstand demonstriert. Fatal war und blieb demgegenüber die politische Linie, die von den – illegalen – GewerkschafterInnen, SozialistInnen und KommunistInnen bis zuletzt vertreten wurde. Diese lautete: Gemeinsamer „nationaler“ Kampf mit dem austrofaschistischen Regime gegen den Nationalsozialismus sowie Verzicht auf alle weitergehenden Forderungen. Ein solcher Appell erwies sich freilich – wie in den Jahren zuvor – als Illusion und wirkte gleichzeitig lähmend bzw. geradezu demobilisierend. Während der „Anschluss“ 1938 schließlich von Hunderttausenden tatsächlich als einfache „Lösung“ aus der Lethargie und Krise der 20er und 30er bejubelt wurde, befand sich die einst so starke österreichische ArbeiterInnenbewegung in jeder Hinsicht am Ende einer langen Abwärtsspirale. Nicht wenige ihrer VertreterInnen sollten in der Folge ihr mutiges persönliches Engagement, aber auch die politische Linie des Zurückweichens bzw. der beharrlichen Suche nach illusorischen Kooperationen mit ihrem Leben bezahlen.

John Evers

Die Führung der Sozialdemokratie setzte auf Zuwarten und Zurückweichen

gung verhielt sich quasi asymmetrisch, also zunehmend defensiv: Sie wich auf Geheiß der Parteiführung der Konfrontation aus. Bis Polizei, Bundesheer und Heimwehren schließlich im Februar 1934 die Gemeindebauten stürmten sowie Sozialdemokratie und Gewerkschaften verboten.

Das 1934 errichtete Staatsmodell war in der Praxis durch seine innere Schwäche und Zerrissenheit sowie den äußeren Druck durch den Nationalsozialismus geprägt. Als entscheidender Faktor für die Existenz des Austrofaschismus erwies sich letztlich die Unterstützung Mussolinis. Als der „Duce“ selbst in ein Bündnis mit Hitler eintrat (1936), sank Österreich zunehmend zum Vasallenstaat Deutschlands ab. Im Inneren bot vor allem die Unterdrückung der Liniken den österreichischen Nazis ungeahnte Spiel- und Agitationsräume. Ein katholischer Funktionär des herrschenden Systems

mus, nicht der Faschismus, sondern schlicht und einfach gesagt: die marxistische Schule der Arbeiterschaft gewährleistet hat.“ Im Rahmen der österreichischen Eliten war diese Erkenntnis allerdings eine totale Außenseiterposition. Selbige tendierten nämlich spätestens ab 1936 immer mehr zum deutschen Konkurrenzmodell. Die austrofaschistische Führung um Kanzler Schuschnigg bemühte sich demgegenüber, zumindest äußerlich die Bewegungen in Italien und Deutschland mittels Beifügung einer „österreichischen Note“ zu imitieren. Schließlich sollten Schuschnigg & Co. kampfflos vor dem rasant anwachsenden Nationalsozialismus im eigenen Staat zurückweichen.

1938 wurde mit Arthur Seyß-Inquart bereits Wochen vor dem Anschluss ein bekennender NS-Anhänger Innenminister und dann – ernannt von Bundespräsident Miklas – sogar letzter österreichischer Bundeskanzler.



Marx aktuell

In den letzten Jahrzehnten wurde der Faschismus als Phänomen der Zeit erklärt. Das ist ein Versuch, ihn als Reaktion auf die „rote Gefahr“ darzustellen – die Verantwortung wird indirekt auf ArbeiterInnenbewegung und Bolschewismus abgewälzt. Die quer durch das bürgerliche und manchmal auch „linke“ Lager beliebte Totalitarismus-Theorie setzt Stalinismus mit Faschismus gleich. Die den beiden Systemen zugrunde liegenden wirtschaftlichen Verhältnisse werden missachtet.

Der Stalinismus prägte die „Sozialfaschismustheorie“. Die Sozialdemokratie wurde als „linker“ Flügel des Faschismus hingestellt. Laut Stalin war die Bereitschaft, die bürgerliche Herrschaft gegen ArbeiterInnen zu verteidigen, Faschismus. So simpel ist es aber nicht!

Trotzki näherte sich der Frage von einer anderen Seite. Er charakterisierte die Aufgaben und die Interessen,

Der Austro-Faschismus als eine Form von Faschismus

die der Faschismus vertritt. Unabhängig von individuellen und psychologischen Gründen hat er vor dem Hintergrund der damaligen Wirtschaftskrise und der systemimmanenten Widersprüche des Kapitalismus erkannt, dass der Faschismus die letzte Möglichkeit der herrschenden Klasse war, an der Macht zu bleiben. Das ist allerdings kostenintensiv und mit Risiken verbunden. Insofern ist er zwar für das Kapital als letzter Ausweg interessant, benötigt jedoch die Mithilfe des Kleinbürgertums. Dieses wird „zu einem Rammbock gegen die Arbeiterklasse und die Einrichtungen der Demokratie“ (Leo Trotzki, Portrait des Nationalsozialismus, 1933).

Die zentrale Aufgabe des Faschismus ist die Zerschlagung der ArbeiterInnenbewegung und ihrer Organisationen.

„Der Faschismus ist nicht einfach ein System von Repression, Gewalttaten, Polizeiterror. Der Faschismus ist ein besonderes Staatssystem, begründet auf der Ausrottung aller Elemente proletarischer Demokratie in der bürgerlichen Gesellschaft.“ (Leo Trotzki, „Was tun?“, 1932)

Dazu braucht der Faschismus bewaffnete Formationen wie etwa die Heimwehren in Österreich oder die SA in Deutschland. Gräueltaten wie die Ermordung von Millionen von JüdInnen sind per se keine Merkmale des Faschismus. Rassismus und Terror jedoch schon. Es gab auch verschiedenste faschistische Regimes, die durchaus in Konkurrenz zueinander standen. Ein Krieg zwischen dem faschistischen Italien und Deutschland wegen dem faschistischen Österreich war nicht ausgeschlossen. Der Austrofaschismus orientierte sich an Mussolini und stand im Widerspruch zu Hitler.

Der Anschluss 1938 wurde insofern 1933 mit der Errichtung des Austrofaschismus „vorbereitet“, weil der Widerstand der ArbeiterInnenbewegung schon gebrochen war. Wenn der Faschismus eine Diktatur des Kapitals ist, dann ist seine Stärke von der Stärke des Kapitals abhängig. Das erklärt auch die Schwäche des Austrofaschismus. Das deutsche Kapital war wesentlich stärker.

Bis heute hat sich die ÖVP nicht von ihrer Vorgängerpartei, der Christlich Sozialen Partei, distanziert. Sie versuchen noch immer, Faschisten wie Dollfuß, Schuschnigg usw. als Widerstandskämpfer gegen die Nazis darzustellen. Das ist blanker Hohn! In Wirklichkeit waren es ArbeiterInnen, die die Hauptlast des Widerstandes trugen und nicht irgendwelche AustrofaschistInnen oder die schwammige Zivilgesellschaft.

Moritz Erkl

Wie gegen Faschismus kämpfen? Richtig!

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen! Das steht mittlerweile auch in Schulbüchern. Weniger genau ist die Betrachtung, was Faschismus ausmacht. Betrachten wir „Politik“ als alles, was unser Zusammenleben regelt,

hat sich weltweit ausgebreitet. Aber nicht in allen Ländern gibt es deswegen auch Parlamente. Der Kapitalismus kennt viele Herrschaftsformen: parlamentarische Demokratie, Diktatur, Monarchie aber eben auch den Faschismus als

Angestellten, Arbeitslosen, Menschen in Pension, Kleingewerbetreibenden, ManagerInnen, MillionärInnen usw. Im Wesentlichen lassen sie sich in zwei Klassen einteilen: jene, die arbeiten müssen, um Geld zu verdienen, und die an-

sondern einer Klasse gegen eine andere.

„Aufklärung“ steht am Anfang – und oft im Zentrum – antifaschistischer Arbeit. Das Wissen um die Gräueltaten des Nationalsozialismus stellt aber keine Immunisierung dar. Na-

res, als dass sich jedeR einzeln dem Terrorsystem Faschismus entgegenstellen soll. Das aber funktioniert schon im „normalen, demokratischen“ Kapitalismus nicht – z.B. am Arbeitsplatz. Deswegen gibt es Gewerkschaften, damit wir nicht einzeln vor den Chef treten müssen, sondern das gemeinsam tun. EineR ist leichter angreifbar als eine gut organisierte Gruppe. Ein Soldat der Wehrmacht konnte sich nur unter hohem eigenem Risiko widersetzen. Hätte es noch Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen gegeben, hätten diese dem Widerstand auch einen Schutz gemeinsamer Stärke geboten.

Letztlich führt ein Kampf gegen Faschismus nicht am Kampf für starke Gewerkschaften und Organisationen der ArbeiterInnenbewegung vorbei. Nur sie sind der Garant für wirklichen Widerstand gegen Faschismus. D.h. Druck auf den ÖGB machen, damit der sich seiner Verantwortung bewusst wird. Und eine starke, neue ArbeiterInnenmassenpartei schaffen und bis dahin unsere eigene Partei, die SLP, aufbauen! Das ist hier und heute die effektivste Form des Antifaschismus. **Albert Kropf**

Um Faschismus wirklich bekämpfen zu können, müssen wir wissen, was ihn ausmacht und hervorbringt.

ist klar, dass Faschismus ein politisches System ist.

Politik passiert also nicht einfach, sondern wird gemacht. Einige Wenige wollen ihre Reichtümer vor Steuern, Umverteilung und Aufständen schützen, also handelt die Politik. Andere Dinge wie etwa das Recht auf Arbeit, das viel mehr Menschen betrifft, sind nicht gesetzlich geregelt. Regelungen müssen der Politik in oft harten Auseinandersetzungen wie Streiks abgerungen werden. Wessen Interessen berücksichtigt werden, hängt von der vorherrschenden Gesellschafts- und Wirtschaftsform ab.

Wir leben im Kapitalismus – in Österreich in Form einer parlamentarischen Demokratie. Der Kapitalismus als Wirtschaftsform

besondere Form der Diktatur im Kapitalismus.

Warum ist das so wichtig? Der französische Schauspieler und ehemalige Kommunist Yves Montand sagte einmal: „In der Politik ist es wie im Leben: Eine Krankheit kann nicht geheilt werden, indem das Fieberthermometer versteckt wird.“ Um die richtige Behandlung einzuleiten, ist eine fundierte Diagnose/Analyse notwendig.

Ein weitverbreiteter Zugang zum Kampf gegen den Faschismus ist, dass alle antifaschistischen Kräfte zusammenarbeiten müssen. Das wird auch als „Volksfront“ bezeichnet, weil das Volk sich gegen den Faschismus stemmen soll. Wer ist das Volk? Es besteht aus unterschiedlichen Gruppen, ArbeiterInnen,

dere viel kleinere Gruppenderer, die von ihrem Besitz leben. Diese beiden Klassen stehen in Widerspruch zueinander. Die Einen wollen höhere Löhne, Sozialleistungen, Pensionen, Sicherheit am Arbeitsplatz usw. – das wiederum schmälert den Profit der Anderen. Die „historische“ Aufgabe des Faschismus ist es, in Zeiten einer strukturellen Krise des Kapitalismus dem Kapital den Profit auf Kosten der ArbeiterInnenklasse zu sichern. Die ganze Wucht des Faschismus trifft deswegen auch die Organisationen und Parteien der ArbeiterInnenbewegung. Jene zu zerschlagen, die den größten Widerstand gegen den Faschismus und den Kapitalismus leisten, ist das Ziel des Faschismus. Er ist kein Kampf Einer gegen Einen,

zudem werden nicht Nazis, weil sie dumm oder unwissend sind, sondern weil sie andere Ziele verfolgen. Aufklärung ist wichtig, aber für eine erfolgreiche antifaschistische Strategie nicht ausreichend. Ein Verbot der faschistischen Parteien löst das Problem auch nicht. Es erschwert diesen die Arbeit – und das ist gut so. Doch das vergleichsweise strenge österreichische Verbotsgesetz verhindert faschistische Aktivitäten nicht. Hierzulande gibt es sogar eine der stärksten rechtsextremen Parteien Europas.

Oft wird „Zivilcourage“ als Lösung im Kampf gegen Rechte und FaschistInnen präsentiert. Keine Frage, wir Menschen tragen Verantwortung für unser Handeln. Trotzdem heißt Zivilcourage nichts ande-

Boom, Headshot! Repression in den USA

„Lass dich nicht erschießen“, gab mir im Jänner ein Freund im Scherz mit, bevor ich für zwei Monate in die USA ging, um dort die Arbeit von Socialist Alternative (US-Schwesterorganisation der SLP) zu unterstützen. Der Rat ist wohl ernster zu nehmen als er gemeint war: Kurz vor Weihnachten wurden interne FBI-Dokumente veröffentlicht. Darin wird genau berichtet, wie das FBI mit Banken und Konzernen zusammenarbeitete und beriet, wie die Occupy-Bewegung am effizientesten zu stoppen sei. Sie wurde als „terroristische Bedrohung“ eingestuft und als solche behandelt – AktivistInnen wurden ausgespäht und verfolgt. Das FBI war bereit, „alles Notwendige“ zu unternehmen, um die „nationale Sicherheit“ (also die Profite) zu schützen. Der US-Staatsapparat hat eine lange Geschichte von Repression sozialer Bewegungen. Von der Bürgerrechtsbewegung über Antikriegsbewegungen bis hin zu den Black Panthers: Auch vor gezielten Tötungen wurde nicht zurückgeschreckt.

Diese werden durch den immer massiveren Einsatz von Drohnen immer einfacher. Erst im Februar wurde bekannt, dass der Einsatz von Todesdrohnen gegen US-BürgerInnen

nen ein rechtlicher „Graubereich“ ist. Das heißt, die CIA kann ohne handfeste Beweise Menschen, die ihr oder dem System, das sie vertreten, unangenehm sind, ermorden – und das ist nicht verboten! Umso katastrophaler ist es, dass Gewerkschaften und viele Linke Obama immer noch die Stange halten, obwohl er direkt Drohnenangriffe verordnet hat. Sein Kandidat für das Amt des CIA-Direktors, John Brennan, stand bereits unter Bush in einem hohen Amt. Wie lange wird es dauern, bis die ersten linken AktivistInnen von Spezialeinheiten ermordet werden wie der Sozialist und Black Panther Fred Hampton? Wann werden die ersten StreikführerInnen von Drohnen getötet? Oder nach Scheinprozessen hingerichtet wie die ArbeiterInnenführer Ferdinando Sacco und Nicola Vanzetti? Und was für einen Unterschied macht es, ob Obama oder ein Republikaner den Auftrag gibt?

Die USA sind ein Musterbeispiel dafür, wie der Staat in Krisenzeiten die innere Repression verstärkt, um die kapitalistischen Verhältnisse zu schützen. Kein Zweifel, dass sich auch europäische Staaten daran ein Vorbild nehmen werden.

Sebastian Kugler

Wohin mit der Jugend?

Derzeit fordert ÖVP-Betriebsvorsteherin Stenzel ein öffentliches Alkoholverbot rund um den

gelöst. Bestenfalls wird ein Problem an einen anderen Ort verschoben.

Hintergrund ist, dass es

chend auf die Bedürfnisse der Jugendlichen eingehen. Gibt es nicht ausreichend öffentliche Zentren,

Warum Jugendliche so viel Zeit an öffentlichen Plätzen verbringen wird gar nicht gefragt.

Schwedenplatz ganz nach den Vorbildern Graz und Salzburg. Dafür hätte sie auch gerne einen Wachdienst. Ziel ist es die „antisozialen“ Jugendlichen von öffentlichen Plätzen zu vertreiben, da diese ja „alles verwüsten“ und „Wände anschmieren“.

Erreicht wird damit gar nichts. Weder die Ursache von Alkohol-Problemen noch der fehlende Raum für Jugendliche werden so

weder in Städten noch in ländlichen Gegenden genügend Raum für Jugendliche gibt. Fast alles was Jugendliche in ihrer Freizeit gerne machen, ist teuer. Ein Kochlehrling verdient im 1. Lehrjahr 515.-. Ein Fotokurs kostet 100.-, ein Tanzkurs 10.-/Abend, ein Proberaum 10.-/Stunde. Die existierenden Jugendleinrichtungen sind von Kürzungen betroffen und können nicht ausrei-

so können private Strukturen eingreifen, und ihre Ideologien verbreiten: die ÖVP-nahe Landjugend, Pfadfinder, der rechtsextreme Turnerbund etc... Jugendliche sind nicht dumm, faul oder asozial. Wir brauchen Raum und Möglichkeiten, wir brauchen genügend öffentlich finanzierte, selbstverwaltete und kostenlose Jugend-, Sport- und Kulturzentren.

Sedef Yavuz

JRE in Griechenland: Antirassistischer Widerstand

JRE (Jugend gegen Rassismus in Europa) ist eine antifaschistische Jugendorganisation. In Griechenland sieht sie sich v.a. mit dem Kampf gegen die „Goldene Morgenröte“ (eine neonazistische Organisation) konfrontiert. Kooperationen gibt es u.a. mit Xekinima (CWI-Griechenland). Der Schwerpunkt liegt im Aufbau lokaler Gruppen in Städten und Nachbarschaften um den Widerstand zu vernetzen. Dafür geht JRE vor

Supermärkte, Flohmärkte, Schulen und Einkaufszentren. Und es geht darum, den Kampf gegen Rassismus mit dem sozialen Kampf gegen Sparmaßnahmen zu verbinden. Als Mittel werden viele Aktionen durchgeführt. Z.B. eine gut besuchte antifaschistische Kundgebung in Volos und Filmabende mit SchülerInnen. JRE verbindet aktuelle soziale Forderungen mit einem antikapitalistischen Programm.

Max Grois

Fundstück des Monats

Identitäre: Unkreatives Lügen...

Die rechtsextremen Identitären „outen“ die SLPlerin Helga Schröder als „ehemalige Aktivistin der „Korean Friendship Association“. Tatsächlich ist die KFA die Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien. Die Identitären haben weder mit ArbeitnehmerInnen noch



mit der Wahrheit viel am (Trachten-)Hut...



Zypern: „Kommunist“ bei Wahlen abgestraft

Der Sieg der neoliberalen Rechten zeigt was passiert, wenn die Linke sich nicht gegen die Interessen des Kapitals stellt bzw. keine Politik im Interesse der ArbeiterInnen und Armen macht. Christofias und seine AKEL waren 2008 gewählt worden. In der Ar-

ni 2012 verhandelte er mit der Troika für ein „mildes“ Memorandum. Aber jedes Memorandum – wie mild auch immer – wird Lohnkürzungen und Jobabbau im Öffentlichen Sektor bedeuten, sowie die Anhebung von Massensteuern und Kürzungen im Sozial-

dessen getan haben, war eine Bankenrettung auf kapitalistischer Basis. Damit haben sie die Schulden der Gesellschaft aufgebürdet, aber die Bank unter dem alten kapitalistischen Management belassen.

Bankenverstaatlichung hätte bedeutet, dass AKEL

sie selbst die Christofias-Regierung noch stärker in Richtung Sparpolitik gepusht und jede einzelne Sparmaßnahme im Parlament abgenickt hat.

Der neue Präsident (Anastasiades) von der traditionellen neoliberalen Partei Zyperns DISY, unterstützt Troika, Memorandum und Privatisierungen. Die Sparpolitik kommt nach Zypern – AKEL hat den Weg dafür geebnet, Anastasiades führt ihn fort.

Der Anteil an NichtwählerInnen war auf einem historischen Höchststand. Das zeigt, dass viele sich von keinem der Kandidaten repräsentiert fühlen. Es gibt ein Vakuum das von einer wirklichen Linken mit einem Anti-Memorandum-, Anti-Sparpolitik-Programm gefüllt werden kann, das sich nach den Bedürfnissen der ArbeiterInnen und Armen richtet. Wenn die Linke kein solches Programm nach vorne stellt, wird dieses Vakuum von der Rechten und sogar Faschisten, die sich an der Goldenen Morgenröte in Griechenland orientieren, gefüllt.

Trotz der Niederlage scheint die Führung von AKEL nicht willens, Schlussfolgerungen zu zie-

hen oder die Fehler der Vergangenheit zu verstehen. Ihre erste Ankündigung nach den Wahlen war es, dass sie als „verantwortungsvolle Opposition“ agieren würde. Die Begrenztheit der AKEL-Führung macht die Notwendigkeit einer neuen linken Massenalternative umso deutlicher. Diese braucht folgende Programmpunkte:

- Kampf gegen das Memorandum und die Troika organisieren
- Verstaatlichung der Banken unter Kontrolle und Verwaltung von Beschäftigten und Gesellschaft
- Nichtbezahlung der Schulden
- Besteuerung der Reichen und der Kirche
- Gegen Kürzungen und Sparpolitik
- Zusammenarbeit mit anderen Anti-Sparpolitik-Bewegungen im Norden und Süden Europas, um den Kapitalismus international zu stürzen und eine sozialistische Föderation auf europaweiter Basis aufzubauen.

Athina Kariati,

Vorsitzende von Neda –
Neue internationale Linke

<http://nedacy.wordpress.com>

Nach fünf Jahren Linksregierung haben nun die Neoliberalen die Wahlen gewonnen.

beiterInnenklasse gab es große Hoffnungen. In den ersten beiden Jahren seiner Präsidentschaft hat er den Mindestlohn angehoben, soziale Beihilfen erhöht, den öffentlichen Verkehr unter staatliche Kontrolle gestellt und Verhandlungen mit dem türkisch-zypriotischen Präsidenten geführt, um eine Lösung für die Nationale Frage zu finden.

Als die Krise allerdings Zypern erreichte, folgte die Christofias-Regierung den Vorschlägen des Kapitals – anstatt die Chance zu nützen, das kapitalistische System bloß und in Frage zu stellen. Als die erste zypriotische Bank im Mai 2012 kollabiert wandte sich Christofias an den ESM um Geld für Bankenrettungen. Seit Ju-

bereich.

Seit Juni 2011 hatte die Regierung drei Sparpakete verabschiedet – der Lebensstandard von Beschäftigten im Öffentlichen Sektor ist um 10%, im Privatsektor noch mehr gesunken. Während der fünfjährigen Präsidentschaft von Christofias haben wir von NEDA argumentiert, dass die AKEL ein sozialistisches Programm nach vorne stellen sollte, besonders, nachdem die Krise Zypern getroffen hatte. AKEL hätte in Opposition zur Troika-Politik gehen müssen. Und die wichtigste Maßnahme, die sie ergreifen hätten müssen, wäre eine Verstaatlichung des Bankensektors gewesen – unter Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten. Was sie statt-

die ArbeiterInnenklasse mobilisieren hätte müssen, um diese Maßnahme zu unterstützen. Aber die AKEL-Führung ist dem Kapital und seinen Interessen nicht entgegengetreten. Und sie hat keinen eigenen Kandidaten aufgestellt, der eine sozialistische Alternative zum Memorandum und zur Krise repräsentiert hätte. Stattdessen hat sie versucht, den Kapitalismus zu managen und einen Mitte-Links-Kandidaten unterstützt, der bloß für ein „mildes“ Memorandum war. Als Resultat ist nun die Rechte an der Macht.

Diese hat von der Wut der Leute profitiert, mit Populismus, Nationalismus und Rassismus, sich als Retter der kleinen Leute präsentierend. Und das obwohl

Mali: Ausbeutung und Chaos

Seit Januar 2012 taucht der Name des westafrikanischen Landes häufig in den Medien auf. Grund ist die Rebellion der Minderheit der Tuareg bzw. islamistischer Kräfte und ein Bürgerkrieg. Das Land ist von Kolonialzeit und Imperialismus gezeichnet. V.a. die Politik des IWF hat in den letzten Jahren zum Anstieg der Arbeitslosigkeit und Armut v.a. unter Jugendlichen geführt. Und das, obwohl Mali über große Ressourcen wichtiger Rohstoffe verfügt. Diese werden billig abgebaut und in die einstigen Kolonialmächte exportiert, während der Import lebensnotwendiger Güter immer teurer wird.

Das imperialistische Interesse an Mali wurde durch die militärische Intervention Frankreichs und anderer Staaten bestätigt. Auch Österreich entsandte einige Soldaten, wobei es offiziell um die Stärkung demokratischer Strukturen geht. Demokratie und der Kampf gegen islamischen Fundamentalismus müssen als Argumente erhalten, auch wenn der Westen laufend diktatorische Regimes unterstützt. Vielmehr geht es darum, nicht die Kontrolle über eine wirtschaftlich wichtige Region zu verlieren. Denn es steht weit mehr als „nur“ Mali auf dem Spiel. Wenn die

Reste staatlicher Autorität in Mali zusammenbrechen, führt dies zu einem Machtvakuum, welches auch die relative Stabilität angrenzender Länder gefährdet. Mit der militärischen Intervention bringen sich europäische aber auch afrikanische Staaten in Position, um ihre Interessen zu verteidigen.

Selbst bei einer – fraglichen – erfolgreichen Niederschlagung der Rebellion wird keines der Probleme gelöst und es kann in absehbarer Zeit zu weiteren Militäreinsätzen kommen. Die Probleme werden sogar zunehmen, wenn der Bevölkerung die Kriegskosten aufgebürdet werden.

Die militärische Intervention ist nicht im Interesse der Menschen in Mali bzw. Westafrika. Wir fordern daher einen sofortigen Truppenabzug. Nur wenn die ethnischen Spannungen gelöst und nicht geschürt werden, kann das Land sich wirklich entfalten. Nur durch eine Verstaatlichung des Bodens und der wirtschaftlichen Schlüsselbetriebe und die Enteignung der imperialistischen Konzerne kann die Armut beendet werden. Daran hat der „Westen“ kein Interesse – die ArbeiterInnenbewegung und die Armen in Afrika und Europa aber sehr wohl!

Felix Thalheim



Foto: Tanja Boukal

Neuer Aufstand am Nil

Zwei Jahre nach dem Sturz Mubaraks sind die zentralen Forderungen („Brot, Freiheit und Würde“) nicht erfüllt. Der Alltag 2013 zeigt: Die wirtschaft-

Im Gegenteil: Er versucht dringend benötigtes Geld vom IWF zu erhalten und hat dafür zugestimmt, die Subventionen auf Brot zu reduzieren. Bislang hat die

Frage, was danach kommen solle, ist die meistgehörte Antwort: „Ich weiß nicht“.

Denn einerseits wächst die Opposition gegen Mur-

ÄgypterInnen fühlen sich um die Früchte der Revolution betrogen

liche Lage ist schlechter geworden, die korrupte Elite Mubaraks wurde durch nicht minder korrupte und unfähige Günstlinge des neuen Regimes ersetzt und die Polizei ist so brutal wie eh und je.

Mursi polarisiert durch eine „schleichende Islamisierung“ und ist nicht in der Lage, die drängendsten wirtschaftlichen Probleme zu lösen.

Regierung diese Kürzung aus Angst vor einer Massenrevolte nicht umgesetzt und daher noch kein Geld bekommen.

In den massiven Protesten, die seit Ende Jänner nicht nur Kairo, sondern das ganze Land erschüttern, wird deutlich, dass die Bewegung vor einem Scheideweg steht. So schallt weiter der Ruf „Erhal“ („Hau ab“) über den Tahrir-Platz. Auf die

si, andererseits ist es bislang nicht gelungen, eine Partei, die wirklich die Interessen der arbeitenden Bevölkerung repräsentiert, zu etablieren, die über religiöse Trennungen hinweg ArbeiterInnen im Kampf für gewerkschaftliche und demokratische Rechte verbindet und die Verstaatlichung der Banken und Konzerne zum Wohle der Bevölkerung fordert.

Harald Mahrer

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI)

48-Stunden-Generalstreik

Indien: Im Februar streikten über 100 Millionen ArbeiterInnen in Indien. Große Regionen waren komplett lahm gelegt. Auch Industrie, Banksektor und Öffentlicher Dienst beteiligten sich. Doch „der öffentliche Verkehr war nur teilweise bestreikt, weil viele ArbeiterInnen vom Management zur Arbeit gezwungen wurden“ berichtet Anand Kumar, Mitglied der New Socialist Alternative (CWI-Indien) aus Bangalore. Auch in

Pune verteilte die indische Sektion des CWI Flugblätter. „Viele ArbeiterInnen luden uns ein, ihre Fabrik zu besuchen und dort unsere Poster aufzuhängen“ berichtete Shital. Der Streik richtete sich gegen massive Preissteigerungen und neoliberale Reformen, wie Privatisierungen und 44 Millionen gestrichene Stellen im Öffentlichen Dienst. Vorbei sind die Proteste sicher noch nicht.

www.socialism.in

Südafrika: CWI-Konferenz

Südafrika: Die Konferenz des Democratic Socialist Movement (CWI in Südafrika) findet in bewegten Zeiten statt. Die größte Streikbewegung seit Ende der Apartheid, ausgehend von den PlatinminenarbeiterInnen, geht weiter. „Du kannst den Mut der südafrikanischen BergarbeiterInnen nicht kaufen! Keine Kapitulation!“ meint ein Bergarbeiter auf der Konferenz. Das DSM spielt in den Streikkomitees eine

zentrale Rolle und initiierte die Gründung einer neuen ArbeiterInnenpartei, die Workers And Socialist Party (WASP). Das stößt auf große Zustimmung. Auch die oppositionelle Gewerkschaft, die den Streik führt, dankte dem DSM/CWI für die Unterstützung und sagte, sie würden wahrscheinlich weitere Unterstützung bei zukünftigen Konfrontationen in anderen Minen brauchen.

www.socialistsouthafrica.co.za

Lateinamerika

In Sao Paulo fand Ende Februar ein Seminar des CWI in Lateinamerika statt, mit 160 TeilnehmerInnen aus Brasilien, Chile, Bolivien und Venezuela. Sie diskutierten über die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise, den Generalstreik in Argentinien, die Jugendbewegung während der Präsidentschaftswahl in Mexiko und die Gründung einer neuen ArbeiterInnenpartei durch den Gewerkschaftsbund in Bolivien.

www.mundosocialista.net

Krise, Sektierertum, Nationalismus und Sozialismus

In Belfast führte ein Beschluss des Gemeinderats, die britische Fahne nur noch an besonderen Feiertagen wehen zu lassen zu Straßenschlachten. Protestantische Jugendliche gegen die Polizei und Gegenmobilisierungen der katholisch-republikanischen Seite waren die Fol-

nen. Doch wenn diese nicht wirklich gelöst werden, wenn Ungleichheiten und Diskriminierungen bestehen bleiben, dann brechen sie wieder auf, wenn die sozialen Probleme zunehmen. Der Kapitalismus ist außerstande, die „Nationalen Fragen“ zu lösen!

Katalonien ist dafür ein

Verständlich ist der Wunsch, von den Reichtümern des eigenen Landes auch profitieren zu können. Hier setzen auch linke NationalistInnen, wie die katalanische CUP an. Diese forderte im letzten Wahlkampf die Streichung der Schulden, Verstaatlichungen unter Kontrolle der Be-

Rahmen des Kapitalismus nicht geben: Die nationale Verfügungsgewalt über die Reichtümer eines Landes sagt noch nichts über ihre Verteilung aus. Saudi Arabien und Russland sind nur zwei Beispiele.

Als SozialistInnen unterstützen wir das Recht auf Selbstbestimmung, bis hin zur Abtrennung. Doch wir machen auch klar, dass das alleine die sozialen Probleme nicht lösen wird. Die Wirtschaften Kataloniens und Rest-Spaniens sind organisch verbunden. Eine volle wirtschaftliche Trennung ist nicht möglich – und das spanische Kapital wird viel daran setzen, eine solche zu verhindern.

Angesichts der historischen Erfahrung und der desaströsen Politik der spanischen Zentralregierung, ist der Unabhängigkeitswunsch vieler KatalanInnen nachvollziehbar. Doch hat Spanien in den vergangenen Jahren massive Mobilisierungen bis hin zu Generalstreiks gegen Kürzungspolitik und Kapitalismus gesehen. Auch in Barcelona waren hunderttausende gegen die spanische und katalanische Regierung(en) auf der Straße. Die Fokussierung auf die „Nationale Frage“ bedeutet auch eine Abkehr vom gemeinsamen Wider-

stand aller im spanischen Staat lebenden ArbeiterInnen und Jugendlichen gegen Kürzungen, Arbeitslosigkeit und Kapitalismus. Es besteht die Gefahr, dass durch die Stärkung des Separatismus der gemeinsame Widerstand an Bedeutung verliert.

Entscheidend ist, ob nationalistische/separatistische Bewegungen in der Lage sind, den allgemeinen Kampf gegen den Kapitalismus und seine Folgen weiterzuentwickeln oder ob sie vor allem eine Ablenkung darstellen. Zentral sind Fragen nach Vergesellschaftung der Reichtümer eines Landes/einer Region unter Kontrolle und Verwaltung der Menschen die dort leben. Wichtig ist es auch, Kämpfe und Bewegungen gegen Kürzungen in anderen Staaten zu unterstützen um eine Abwärtsspirale internationaler Konkurrenz bei Löhnen, Sozial- und Umweltstandards zu verhindern. Ein unabhängiges Schottland oder Katalonien stellt nur dann eine Verbesserung für die ArbeiterInnen und Jugendlichen dar, wenn es ein sozialistisches ist und Teil einer sozialistischen Föderation mit den Nachbarstaaten bzw. einem sozialistischen Europa.

Jan Rybak

Unter dem Eindruck der Wirtschaftskrise brechen scheinbar „gelöste“ nationale Fragen wieder auf.

ge. Die „Nationale Frage“ bricht wieder auf. Die sozialen Ursachen der Ausschreitungen wurden weitgehend ausgeblendet. Denn die randalierenden Jugendlichen kommen v.a. aus den ärmsten Teilen Belfasts, in denen die Arbeitslosigkeit dramatisch ist.

Vor dem Hintergrund der Krise zeigt sich, dass die kapitalistische EU, die als Friedensprojekt verkauft wurde, auch um die nationalen Konflikte in Europa zu lösen, versagt. Überall brechen diese nationalen Konflikte wieder auf: in Belgien, Schottland, Irland, Spanien – andere Regionen werden folgen! Das macht deutlich, dass zwar in Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs die nationalen Spannungen reduziert bzw. zugedeckt werden kön-

nen. Beispiel: 51% der KatalanInnen sind für die Unabhängigkeit von Spanien. Allerdings können sich 59% eine spanisch-katalanische Doppelstaatsbürgerschaft vorstellen. Dies zeigt ebenso die Widersprüchlichkeit des Prozesses wie die Tatsache, dass es nationalistische Antworten von rechts und links gibt. Historisch war der katalanische Separatismus durch seinen Kampf gegen den Franco-Faschismus geprägt. Heute wird versucht, die Interessen des „reichen“ Kataloniens in den Mittelpunkt zu stellen, das nicht Nettozahler für das „arme“ Spanien sein soll. Ähnliche Argumente gibt es bezüglich einer schottischen Unabhängigkeit – die reichen Ölvorkommen sollen nicht „nach London“ gehen.

schäftigten und Sozialismus. Auch die schottische SNP hatte einst Forderungen wie Verstaatlichung der Ölindustrie aufgestellt. Ihre Rechtsentwicklung zeigt aber auch die Gefahren nationalistischer Lösungsansätze.

Denn im Rahmen des Kapitalismus werden die sozialen Probleme so oder so nicht gelöst werden. Der spanische Staat steckt tief in der Wirtschaftskrise. In Schottland ist die Unterstützung für eine Unabhängigkeit in ärmeren Schichten mit 58% ungleich höher, als bei wohlhabenden (27%). Das bedeutet nicht, dass ärmere Menschen reaktionärer sind, sondern dass der Wunsch nach einer Lösung der sozialen Probleme dringender ist. Doch diese Lösung wird es im

SLP-Programm genau erklärt:

Mindestlohn von 1.200,- netto sowie Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn und Personalausgleich auf 30 Stunden für ALLE. Das Recht auf legale Arbeit muss auch für Flüchtlinge gelten.

den KapitalistInnen die billigen LohndruckerInnen. In Deutschland gibt es Stimmen aus der Gewerkschaft für die 30-Stunden-Woche. Das wird auch in Österreich diskutiert und ist wichtig, um die Ängste

vorhandenen Arbeit auf alle können Jobs geschaffen werden – wenn die Stunden durch neue Jobs ausgeglichen werden (daher „Personalausgleich“). Die Herrschenden wollen eine Arbeitszeitverkürzung

Mindestlohn von € 1.200,- netto und eine Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohn

Eine der zentralen Forderungen der Flüchtlingsbewegung ist das Recht auf legale Arbeit. Flüchtlinge sind gezwungen, zu arbeiten, weil die Grundversorgung, wenn sie sie überhaupt bekommen, nicht reicht. Arbeiten sie illegal, werden sie zum Lohndrücken eingesetzt, weil sie weit unter Kollektivvertrag bezahlt werden. Wer gegen den legalen Zugang zum Arbeitsmarkt ist, der erhält

der Menschen um ihre Jobs zu entkräften. Sie befürchten, dass sich mit einer steigenden Zahl an Arbeitssuchenden der Druck am Arbeitsmarkt erhöht. Dabei würde eine Legalisierung der Arbeit von AsylwerberInnen diese Zahl nicht erhöhen, sondern im Gegenteil Lohndruck verhindern. In Zeiten steigender Arbeitslosigkeit nutzen RassistInnen diese Ängste. Mit der Aufteilung der

mit Lohnkürzung. Wir fordern Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn und einen Mindestlohn von 1200,- Euro, damit Menschen von ihren Jobs auch leben können. Indem die Flüchtlingsbewegung diese Forderung aufgreift, ist es möglich, eine Brücke zur Gewerkschaftsbewegung zu bauen – denn es ist notwendig, dass die Gewerkschaften einen gemeinsamen Kampf organisieren!

30 Jahre: Die älteste sozialistische Zeitung!

1983 erschien die erste Ausgabe von VORWÄRTS. Seither haben sich Layout und Format mehrmals geändert. Der Blattlinie sind wir treu geblieben. Stets war die Zeitung finanziell unabhängig und daher konnte uns auch niemand einen Maulkorb umlegen. Berichte über Proteste und Bewegungen, Kritik an den Herrschenden und Analysen, die über den Tellerrand des Kapitalismus und seiner Lo-

gik hinausblicken. Zwar gab und gibt es auch andere linke Zeitungen, doch VORWÄRTS ist die älteste durchgängig erscheinende sozialistische Zeitung in Österreich.

In den Seiten von VORWÄRTS spiegelt sich auch ein Drittel-Jahrhundert Geschichte wider: der Verbürgerlichungsprozess der Sozialdemokratie und der Aufstieg der FPÖ, internationale Kriege und ihre katastrophalen Aus-

wirkungen, ungelöste und wiederkehrende Probleme wie jene der atomaren Bedrohung, der Kampf gegen Rassismus und Sexismus. Doch VORWÄRTS hat nicht nur kommentiert, sondern wir haben immer aktiv interveniert. VORWÄRTS ist nicht nur eine Zeitung, sondern Sprachrohr einer sozialistischen Organisation, die den Kapitalismus und seine Folgen auf allen Ebenen bekämpft.

Neue Broschüre: Freigeldtheorie und Tauschkreise & Beherrschen uns die Finanzmärkte?

Es geht um die gefährlichen Irrwege der antikapitalistischen Bewegung. Konzepte wie Tauschkreise und Regionalgeld präsentieren sich als Alternative zum Wahnsinn des Kapitalismus. Doch die Überschneidungen zu rechtsextremen und fortschrittsfeindlichen Theorien sind stark, der Kapitalismus wird nicht in Frage gestellt. Die Beschränkung auf die Finanzmärkte als angebliche Ursache der Krise geht

an den wahren Problemen vorbei.

Zwei Artikel, die die historischen und theoretischen Wurzeln der Ideen und ihre Schwächen aufzeigen. Die Rolle des Finanzkapitals wird marxistisch analysiert und echte sozialistische Alternativen zum kapitalistischen Chaos aufgezeigt.

ReferentInnen zum Thema können angefordert werden.

44 Seiten, DIN A5
Bestellen bei slp@slp.at
€ 4,50 Euro inkl. Porto
PSK 8812.733

Die SLP-Treffpunkte

GMUNDEN

SLP-Ortsgruppe
jeweils Mittwoch, 18⁰⁰ Uhr
im 'Wiener Café'
Esplanade Gmunden

NIEDERÖSTERREICH

unregelmäßige Treffen
Infos per E-Mail slp@slp.at

WIEN

GRAZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Mittwoch, 18⁰⁰ Uhr
im 'Stockwerk'
Jakominiplatz 18

SLP-Ortsgruppe

jeweils Dienstag, 18³⁰ Uhr
in der 'Pizzeria La Piazza'
20., Gaussplatz 7
Linie 31; Linie 5A – Gaussplatz
bzw. Nähe U4 Friedensbrücke

LINZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Montag, 18⁰⁰ Uhr
im 'Alte Welt', Hauptplatz 4

SLP-Unigruppe

jeweils Dienstag, 18³⁰ Uhr
im 'Café Safran', Hinterzimmer
4., Gusshausstraße 20
U1 / U2 / U4 Karlsplatz

SALZBURG-STADT

SLP-Ortsgruppe
jeweils Mittwoch, 18³⁰ Uhr
im 'Shakespeare'
Hubert-Sattler-Gasse 3
Nähe Mirabellplatz

SLP-Ortsgruppe

jeweils Mittwoch, 18³⁰ Uhr
im 'Gasthaus Zypresse'
7., Westbahnstraße 35A
U6 Burggasse; Linie 5

Kein SLP-Treffen in der Nähe?
Wir helfen Dir beim Aufbau!

Zahlreiche Termine und
Veranstaltungshinweise
auf www.slp.at

Andere über uns

Im Zuge der Flüchtlingsbewegung berichten viele Medien über die SLP. Die meisten allerdings mit Beschimpfungen, Verleumdungen und Lügen. Sie machen die Dreckarbeit für Regierung und Rechte. Im ORF, in „Wien heute“ vom 16.2.2013 kam die SLP selbst zu Wort – mit der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung und Mindestlohn für Alle. Anschauen unter: http://www.youtube.com/watch?feature=player_embedded&v=YjrL2Vg2NvY

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

seit September 2011:

Neues, handliches Format

Neues, modernes Design

Mehr Berichte & Analysen
aus sozialistischer Sicht

Jahres-Abo (10 Ausgaben)

€ 24,- Normal-Abo

€ 14,- Sozial-Abo für Menschen ohne eigenem Einkommen

ab € 7,-/Monat: Alles inklusive Abo (alle Publikationen der SLP)

VORWÄRTS Jetzt abonnieren: www.slp.at

Abo-Zahlungen & Spenden: PSK (BLZ 60 000) Kto-Nr. 8812.733



Demo für Flüchtlingsrechte in Wien

Mehr auf Seite 5

Frank Stronach ist einer von denen

Von allen hofiert drängt Stronach in die Politik. Sein „Protest“ ist den Herrschenden durchaus willkommen!

Frank Stronach wird mensch nicht los: Plakate, Inserate, im TV – überall ist er präsent. Dank eingekaufter Abgeordneter kann er recht einfach kandidieren, zusammen mit einer Bande von schmierigen Gestalten.

Unglaublich, dass sich ausgerechnet ein überzeugter wirtschaftsliberaler Milliardär als „einer von uns“ ausgeben kann

und damit Erfolg hat. Dass er als Geschäftsmann vermutlich mehr Macht ausübt als manches Regierungsmitglied hindert verzweifelte WählerInnen in Ermangelung von Alternativen nicht daran, ihn als „Anti-Establishment“ wahrzunehmen. Das Team-Stronach gilt als Protestpartei und Frank gibt viel Geld aus um das auch so zu lassen.

In seinem Kerngebiet, der Wirtschaftspolitik, unterscheidet sich Stronach inhaltlich kaum von den etablierten Parteien. Geschickt verknüpft er aber z.B. die Wut der Menschen auf Banken mit einer neoliberalen Forderung wie der Flattax, und behauptet, dass diese Steuerberechtigung bringen würde.

Wir brauchen eine echte Protestpartei! Höchste Zeit,



dass sich Menschen zusammenschließen um von links gegen die Krise zu kämpfen. Eine starke Bewegung, die Forderungen wie den Ausbau von Bildung, Ge-

sundheit und Sozialem aus den Profiten der Unternehmen glaubhaft vertritt würde Stronachs teures Protestimage zunichte machen. **Tilman M. Ruster**

Die Sozialistische Linkspartei Wofür wir stehen!

- > Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.200 Euro netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- > Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- > Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- > Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- > Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.

- > Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Ausreichend Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- > Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- > Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- > Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit. Keine Kooperation & kein Beitritt zu einem Militärbündnis.
- > Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- > Faschistische und rechtsextreme Organisation wie BFJ, NVP & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- > SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik,

- sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.
- > Hunger, Krieg, Armut & Verschuldung sind die Folge imperialistischer, neokolonialer Politik. Für internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung.
- > Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten und der Gesellschaft.
- > Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- > Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.